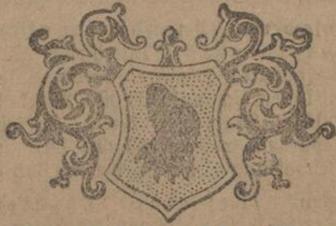


# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernspr. Nr. 18. Tel.-Abn. Wochenblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2138. Gem.-Circ.-R. 146

**Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezogener keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Einzeljährlich M 10.50 bei freier Lieferung; bei Abholung vierteljährlich M 9 — monatlich M 3.50, durch die Post M 10.50 —



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gehaltenen Zeitzeile (Woffe's Zellenmesser 14) 130 Pfa., im Bearb. der Anstaltsverwaltung 100 Pfa., Einzelzeile M 3.00, und M 3.00 — Restame M 2.80. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraube der mit tabellarischer-Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeige gebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der nach Rechnungs — betrag unter Wegfall von Freischuß in Anrechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie des Gemeinderats Großnaundorf.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großhörn, Bietnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weichbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Kleinnaundorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bischofsplatz Nr. 265.

Print und Verlag von G. v. Frölichers Erben (Joh. F. W. Frölich).

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 142.

Sonnabend, den 26. November 1921.

73. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Bekanntmachung.

Mit der Vornahme der Absteckungs- und Vorarbeiten zum Bau der staatlichen 40 000 Volt-Leitung Großhörn-Deutschbaselitz wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Leitung, welche zur Versorgung Nordostsachsens mit elektrischer Arbeit für Licht und Kraft dienen soll und insbesondere der Industrie und Landwirtschaft zu gute kommt, wird voraussichtlich die Gärten Großhörn, Ohorn, Obersteina, Mühsdorf, Gersdorf, Senndorf, Wieja, Nebelschütz und Deutschbaselitz berühren.

Es werden die Grundstückseigentümer ersucht, das Betreten ihrer Grundstücke durch die Beauftragten zu gestatten und der Vornahme der Arbeiten keine Schwierigkeiten zu bereiten. Flurschaden, der nachweisbar durch diese Arbeiten verursacht wird, wird vergütet.

Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke Dresden-N.

### Dank.

Die Sammlung für das neue Kirchengeläute ist beendet. Das Ergebnis ist so günstig, daß die Bezahlung gesichert ist. Nebereinstimmend wird berichtet, daß unsere Gemeinde in allen Ständen für die Prediger aus Turmeshöhe fast ausnahmslos gern und reichlich gegeben hat und für ihre Kirche ein Herz hat. Wenn — voraussichtlich noch in diesem Jahre — drei Glocken über Stadt und Dorf erklingen werden, dann dürfen die Geber alle sich sagen: Sie sind uns doppelt lieb, sie gehören uns und zu uns, unsere Opfer haben sie erworben. Für diesen freudigen Opfermut sei allen Spendern herzlichster Dank ausgesprochen.

Pulsnitz, am 1. Advent 1921.

Der Kirchenvorstand.

### Das Wichtigste.

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates faßte einstimmig eine Entschließung, wonach die unverzügliche Durchführung der Kreditaktion der Industrie als eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland bezeichnet wird. Entschlossene Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reich, besonders bei den Reichsweckbetrieben, seien daneben mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten.

Western begannen die Truppen des österreichischen Bundesheeres mit der beabsichtigten Evakuierung des Vormarsches zur Besetzung des ganzen südlich vom Ledeburger Abstammungsgebiete liegenden Teiles des Burgenlandes.

Der Kronprinz von Japan ist zum Regenten gewählt worden. Die deutsche Regierung wird gegen die Ausschreibungen von Bonds in Washington wegen der deutschen Kriegsschuld eine Note an die Entente-Mächte richten und die Sache auch im Reichstage richtigen.

Das Werk Erlund der deutschen Werke wird am Samstag von Mitgliedern des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Genf befristet werden.

Die Not der Zeitungen. Die bayerischen Provinzzeitungen werden ab 1. Januar 25 bis 40 Prozent auf den Bezugspreis aufschlagen.

Auf nachdrückliches Verlangen der Interalliierten Militärkommission hat die Reichsregierung die Auflösung der Organisationen Köhler, Hubertus, Herbedeck und Oberland angeordnet, weil sie trotz Verfolgung wirtschaftlicher Tendenzen militärisch gegliedert sind.

Der deutsche Botschafter in Italien, v. Berenberg-Göpler hat um seine Entlassung gebeten.

Von den Einwohnern der 11 in Frage kommenden Sommerdörfer haben sich 84 Prozent für die Beschäftigung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau ausgesprochen.

Angesichts muß mit einer Heraushebung der Post- und Bahn-tarife auf das Zwangsmaß des Friedenspreises gerechnet werden, weil die Reparationskommission die deutschen Tarife als zu niedrig erklärt hat.

### Vor großen Entscheidungen.

In den nächsten Tagen muß die Entscheidung in zwei für Deutschland lebenswichtigen Fragen erfolgen. Es muß sich zeigen, ob sich die Hoffnung des Reichskanzlers, auch ohne die Unterstützung der deutschen Industrie erfüllen kann, einen großen Auslandskredit zu erhalten, um den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhüten. Es muß aber auch weiter erwartet werden, daß der Reichskanzler die Gründe bekanntgibt, daß er doch noch auf eine Unterstützung durch die Industrie bei der großen Kreditaktion für Deutschland hoffen zu können glaubt. Im Steuerauschuß des Reichstags oder auch im Reichstage selbst will der Reichskanzler seine Antwort auf die Bedingungen der Industrie und über die Aussichten der großen Auslandsanleihe erteilen. Man wird dann sehen, in welcher Weise der gefährliche Lage der Dinge in Deutschland noch Rechnung getragen werden kann. Wie schlimm die Dinge in Deutschland stehen und was für ein wirtschaftliches Unheil der tiefe Sturz der deutschen Marktwährung angerichtet hat, das ist wohl den meisten Reichsbürgern noch nicht klar geworden. Ein Blick auf die Devisenkurse und ein Vergleich des Marktkurses mit jenem Stande am Beginn dieses Jahres lehren entsetzliche Verluste für die deutsche Kaufkraft. 100 holländische Gulden kosteten am 8. Januar 1921 2300 Mark, am 8. November 10 850 Mark, 100 französische Franken am 3. Januar 425 Mark, am 8. November 2250 Mark; 1 Pfund Sterling damals 260 M, jetzt 1215 M; 1 Dollar damals 74 M, am 8. November 298 M, zeitweise stand er schon weit über 300 M. Dieses entsetzliche Sinken des deutschen Marktkurses bedeutet, daß Deutschland für aus dem Ausland gekaufte Baumwolle, Wolle, Häute, Metalle und Getreide jetzt Preise zahlen muß, welche alle Begriffe übersteigen. Ein Pfund amerikanische Baumwolle kostete im April 17 Mark und jetzt 84 Mark, eine Tonne Kupfer, die im Januar 1250 Mark kostete, kostet jetzt 5400 M, und die Tonne Weizen hat auch eine Preissteigerung um das Unfassbare erfahren. Schändlich denkwürdig bei dieser Preissteigerung bleibt aber für Deutschland die Tatsache, daß der Friedensvertrag diese ungeheuerlichen wirtschaftlichen Notstände

hervorgehoben hat, weil er den Weltmarkt unterband und Deutschland knechtete und beraubte. Vielleicht ist ein kleiner Hoffnungsschrahl darin zu erblicken, daß der größte und genialste deutsche Großindustrielle, Hugo Stinnes, in den letzten Tagen in London gewest hat, um sich über die Möglichkeiten einer Verständigung über die Reparationsfrage und die Hebung der deutschen Valuta an der englischen Quelle zu erkundigen. Ohne Mitwirkung der deutschen Großindustrie wird auch schließlich Deutschland eine große Anleihe im Auslande erhalten.

### Deriliche und Sächsische Angelegenheiten.

**Pulsnitz. (Volkshilfsverein.)** Der 2. Vortrag von Fräulein Sähne: „Die Schönheit der christlichen Gotteshäuser von der Vergangenheit bis zur Gegenwart“ findet wegen Reparatur des Projektionsapparats erst Montag, 5. Dezember statt.

**Pulsnitz. (Konzert.)** Der Volkshilfsverein veranstaltet am Dienstag, den 29. November 1921 im Saale des Schützenhauses ein Konzert, auf das wir an dieser Stelle noch besonders hinweisen möchten. Anschließend an die früher gebotenen Volksliederabend werden uns diesmal von berühmten Künstlern Tänze und Tanzlieder aus längst vergangenen Zeiten bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts geboten werden; Vieder für Sopran und Klavierbegleitung von Leo Feiler, Carl Maria von Weber, Schwäbische und Schweizerische Tanzlieder, Wälsen für Violine und Klavier von Bach, Mozart, Beethoven, Schubert u. a. Der Gesangspart hat Fräulein Charlotte Wolf (Sopran), Opernsängerin in Dresden, übernommen, während uns Herr Konzertmeister Erhard Heyde durch seine hier rühmlichst bekannte Meistervioline erfreuen wird. Am Klavier sitzt der Dresdener Kapellmeister Ruzbach. — Mit besonderer Freude begrüßen wir auch diesen Vieder-Abend und wissen es dem Volkshilfsverein, der sich um die Pflege des deutschen Viedes in unserer Stadt schon große Verdienste erworben hat, von Herzen Dank. Wir wollen nun aber auch hoffen, daß die Bemühungen des Vorstandes, uns immer wieder in das Wunderland wahrhaft edler Kunst zu führen, auch belohnt werden durch einen zahlreichen Besuch. G. M.

**Pulsnitz. (Volkshilfsvereins - Anstalt.)** Wir verweisen nochmals auf das morgen Sonntag im Schützenhausfacile stattfindende Saalportfest des Radfahrer-Klubs „Rhönix“. Allen Radsporfreunden steht ein einzigartiger Genuß bevor. Es sind weder Mühe noch Kosten gescheut worden, um ein abwechslungsreiches Programm zusammenzustellen. Der Eintrittspreis ist den heutigen Verhältnissen entsprechend ein sehr niedriger, und da der Reinertrag dem guten Zweck der Erhaltung unserer gefallenen Helden zukommt, kann der Besuch allen Bevölkerungskreisen nur empfohlen werden. Die Ausführungen unserer Radfahrer sind dahin bekannt, daß sie künstlerisch auf der Höhe stehen, pünktlich beginnen und flott und abwechslungsreich durchgeführt werden. Mit Heil!

— Vom Mieterverein erhalten wir folgende Entscheidung zugesandt: Schweigen ist keine Zustimmung zur Mietpreis-erhöhung. (Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 16. Juli 1921, unter Nr. 4 C. 456 21.) Die Klägerin (Vermieterin) macht geltend, daß sie mit Schreiben vom 29. Juni 1920 dem Beklagten (Mieter) einen Vertragsantrag auf Mieterhöhung gemacht

habe und er diesen stillschweigend angenommen habe. Das Gericht erachtet das Zustandekommen dieses Zusatzantrages für widerlegt. Wie es ein feststehender Rechtsgrundsatz ist, daß Schenkungen nicht vermutet werden, so spricht auch eine tatsächliche Vermutung dafür, daß Mieter regelmäßig nicht gewillt sind, in Mieterhöhungen sich zu finden, ohne daß besondere Gründe sie hierzu bestimmen. Infolgedessen kann regelmäßig das Schweigen eines Mieters, dem der Vermieter eine Mieterhöhung anfragt, nicht als Zustimmung gedeutet werden. Die Klägerin schreibt in dem Briefe vom 29. Juni, eingeschrieben, lediglich: „Wir sehen uns veranlaßt, den früher für Ihre von Ihnen in unserem Hause benutzte Wohnung festgesetzten Mietpreis von 1300 M pro Jahr ab 1. Juli dieses Jahres auf 1600 M zu erhöhen, wovon Sie gefl. Kenntnis und Vorkennung zu nehmen belieben.“ Ein Schweigen hierauf bedeutet nicht Zustimmung. (Aus „Mieterschutz“.)

— (Wichtig für lungenkranke Kriegsbeschädigte.) Dem Bezirksamt für Kriegerversorgung Ramenz ist es unter Umständen möglich, Belgienbesetzung zur Abgabe an lungenkranke oder stark rheumatische Kriegsbeschädigte zu nicht zu hohen Preisen zu besorgen. Etwaige Anträge sind umgehend beim Bezirksamt für Kriegerversorgung Ramenz einzureichen, da dieses die Bestellung bis 1. Dez. 1921 vornehmen muß.

— (Neue Erhöhung der Brotpreise in Aussicht) Wie der Telexdienst Sachsendienst erzählt, ist infolge der Erhöhung der Tariflöhne für die Arbeitnehmer im Bäckergewerbe eine neue Heraushebung des Preises für Marktbrot und Gebäck notwendig.

— (Ezpreßgutbeförderung.) Vom 1. Dezember 1921 an werden die Ezpreßgutfrachten dem Werte der Beförderung entsprechend so erhöht, daß sie sich im allgemeinen höher stellen als die Eilgutfrachten.

— (Erasporto bei Behördebeförden.) Die Abwärtsarbeit des Portos im Verkehr zwischen Reich, Staats- und Gemeindebehörden einerseits und Privatempfängern andererseits wird, wie der Hansa-Bund uns schreibt, in letzter Zeit von den ersteren in einer Weise ausgenutzt, die den Bestimmungen des Postgebührengesetzes vom 22. März 1921 zuwiderläuft. Es wird nicht nur für Anfragen, die lediglich die Behörde interessieren, sondern auch für nichtstufende Mitteilungen, ja sogar bei angeblicher „Unzuständigkeit“ einer befragten Behörde die Postpflichtigkeit von Dienstfachen in Anspruch genommen. Auch die Befreiung von Freiumschlag und Radporto zeltet den Empfänger nicht von der Zahlung des Erasportes der trotzdem als „postpflichtige Dienstfache“ gesandten Antwort. Bei der gegenwärtigen und erst recht bei der noch kommenden erheblichen Erhöhung der Postgebühren, die bei „postpflichtigen Dienstfachen“ ungefähr das Doppelte des normalen Betrages ausmacht, muß daher gefordert werden, daß die Behörden aller Art im Reich auf das strengste angewiesen werden, entweder dem Empfänger nach Möglichkeit die Zahlung von Doppelporto zu ersparen, oder die Befreiung über „postpflichtige Dienstfachen“ in der Weise ab-



ändern, daß die Behörden selbst das Porto decken, wenigstens für Sendungen, die im Interesse des Dienstbetriebes der Behörde versandt werden. Der Hansa-Bund hat in diesem Sinne eine Eingabe an das Reichspostministerium gefertigt.

(Wetterbericht vom 24. November.) Das Minimum des hohen Drucks hat sich heute nach Polen verlagert und veranlaßt östlich der Elbe überall aufheiterndes, trockenes Wetter mit zunehmendem Frost, der sich in der Nähe des Maximums bis auf 18°C steigert. Zunächst ist noch Fortdauer wahrscheinlich, da die Tiefdruckgebiete noch ohne Einfluß bleiben, später ist wolkiges, milderes Wetter zu erwarten.

(Öffentliche Lebensversicherungsanstalt der Sparlassen im Freistaat Sachsen.) Am 7. November fand in Dresden unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Eberle im Beisein der Staatsvertreter Gehelmräte Dr. Wimmer und Dr. Besser eine Vorstandssitzung der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparlassen im Freistaat Sachsen statt. Aus der Tagesordnung sind für die Allgemeinheit folgende Punkte von Interesse: 1. Es wurden die Beitrittserklärungen genehmigt der Sparlassen Bodau (Bezirk Zwickau), Fördergersdorf, Großräckerswalde, Hainewalde, Höfendorf, Rirschau, Markranstädt, Mittweida, Pieschendorf, Raschau, Reinhardtgrünna, Steinpleis, Taura, Wechselburg und der Giroklassen Beiersdorf (Oberlausitz) und Saupersdorf und Kenntnis genommen, daß die Sparlassen der Stadt Leipzig und der Stadt Chemnitz geschäftliche Beziehungen zu der Anstalt aufgenommen haben. Es gehören nunmehr 246 Spar- und Giroklassen der Anstalt als Mitglied an, während mit 53 weiteren Spar- und Giroklassen Arbeitsgemeinschaft und zu zwei Sparlassen geschäftliche Beziehungen bestehen. 2. Es wird ein besonderer Kreditausschuß gewählt zur Prüfung der bei der Anstalt eingehenden Hypothekengesuche. 3. Es wird Kenntnis davon genommen, daß die Anstalt zur Zeit über einen Versicherungsbestand an eingelösten Versicherungen in Höhe von rund 80 Millionen Mark verfügt. Da der Antragszugang fortwährend sehr gut ist, kann damit gerechnet werden, daß die Anstalt ihr erstes Geschäftsjahr mit einem Versicherungsbestand von rund 100 Millionen Mark abschließt und sicher in der Lage sein wird, die ganzen Einrichtungskosten ohne Inanspruchnahme ihres Einrichtungsüberschusses aus laufenden Einnahmen zu decken und darüber hinaus einen Betrag der Gewinnrücklage (Dividenden) für die Versicherten zu überweisen.

(Der Sturz in den Abgrund) Unter dieser Spitzmarke schreiben die „Dr. Nachr.“: Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, steht das Reichsfinanzministerium auf dem Standpunkte, daß die Tarife der Post und Eisenbahn noch erhöht werden müssen, und zwar noch über den jetzt bereits geplanten Anstieg (Erhöhungen der Eisenbahn zum 1. Februar 1922 und der Post um das Fünftel) der Friedenssätze, weil die Reparationskommission derartige Verlangen gestellt hätte und ein weiteres Anziehen der Tarifforderungen wünscht, da sie die Tarife noch für niedrig hält. Die Regierung begünstigt damit das Streben nach weiteren Lohnerhöhungen und treibt den Marktwert weiter auf den Nullpunkt. Die Regierung erklärt, die Tarife auf das Dreifache des Friedenspreises erhöhen zu müssen. Warenpreise und Gehälter werden also auf dieser Leiter folgen.

(Die Höchstpreise für Kartoffeln aufgehoben.) Das sächsische Wirtschaftsministerium gibt in einer Verordnung vom 23. November bekannt, daß die Verordnung über die Höchstpreise für Kartoffeln wieder aufgehoben werde, daß aber die Preisnotierungskommission beim Landeslandwirtschaftsamt ihre Tätigkeit fortsetzen würde. Das Wirtschaftsministerium spricht die Erwartung aus, daß sich die Erzeuger auch weiterhin an die von der Kommission bekannt gegebenen Preise halten werden. Für diese Woche hat die Preisnotierungskommission des Landeslandwirtschaftsamt eine neue Preisfestsetzung nicht vorgenommen, sodaß der vorher notierte Preis vom 2. November von Dresden, Bautzen und Leipzig mit 48-56 Mark, Chemnitz (Gebirge) und Zwickau mit 48-58 Mark in Geltung bleibt.

Friedersdorf. (Das Fest seines 30jährigen Bestehens) Begeht am morgigen Sonntag der hiesige Gesangsverein im Gasthof zur goldenen Aehre. Durch die Kriegsjahre sehr gelitten, hat sich der Verein unter der rastlosen und aufopfernden Tätigkeit seines rührigen Aeltermehrs, Herrn Behrer Kroschig, zu seiner heutigen Höhe emporgearbeitet, sodaß auch das Jubiläum sich zu einer würdigen Feier gestalten wird. Zahlreiche auswärtige Brudervereine haben ihr Erscheinen und ihre Mitwirkung zugesagt. Siehe auch das diesbezügliche Inserat in heutiger Nummer.

Oberlichtenau. (Gemeinderatswahl.) In der am Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl gewannen die bürgerlichen Vertreter einen Sitz. Das Verhältnis steht jetzt 4:4 (5:3).

Großröhrsdorf. (Auszeichnung.) Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist Herr Fabrikbesitzer Ottomar Schurig hier und Herr Fabrikbesitzer Georg Gebler in Bretnig für ihre treue Mitarbeit das sächsische Bewahrungs-Abzeichen, der „Schlesische Adlerorden 2. Klasse am Bande“ verliehen worden. Wir beglückwünschen die Genannten zu

der ihnen gewordenen Auszeichnung und ehrenvollen Anerkennung der von ihnen geleisteten vielfachen mühevollen Arbeit.

Ramenz. (Gewarn!) wird vor zwei Zigeunerinnen, welche sich als vertriebene Oberschlesierinnen ausgeben, mit Klappspitzen haufieren, dabei wahr-sagen und dafür Geld erschwindeln. Beim Ausstreiten wird um Festnahme ersucht, bezw. um Benachrichtigung der nächsten Gendarmereinstation gebeten.

Bischofswerda. (Anschaffung einer Automobilspritze.) Fünf hiesige Industrielle haben zur Anschaffung einer Automobilspritze, deren Gesamtkosten sich auf 300 000 Mark stellt, zusammen 100 000 Mark gezeichnet. In einer Versammlung wurden weitere 20 000 Mk. zugesichert, sodaß die Beschaffung einer Spritze möglich sein wird.

Bautzen. (Bei einer Theater-Ausführung erschossen) Eines traurigen Ausgang nahm eine Theateraufführung in Döberitz. Der Theaterfriseur Bräcker Bautzen spielte in einer Pause mit einem Revolver. Die Waffe entlud sich, und das Geschöß ging der 19 Jahre alten Hertha Böthig durch Magen, Leber und Nieren. Das Mädchen starb an den schweren Verletzungen.

Bautzen. (Der Streik der Textilarbeiter in Ostachsen) greift nun auch auf unsere Stadt Bautzen über. Die Bauzener Tuchfabrik hat infolge der Differenzen ihre Arbeiterschaft ausgesperrt und legt heute Sonnabend ihren Betrieb still. In Betracht kommen hier ungefähr 200 Arbeiter und Arbeiterinnen. In der hiesigen Mechanischen Weberei ist der Arbeiterschaft ordnungsmäßig gekündigt worden. Diese Fabrik kommt erst am Sonnabend, den 3. Dezember nach Ablauf der Kündigungsfrist zum Stillstand, wenn bis dahin die Streiklage keine Wenderung erfahren hat.

Dresden. (Die Gründung einer Ortsgruppe) des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten“ fand hier am 17. d. M. statt. Die Bildung eines Landesverbandes ist in Aussicht genommen. Die Ziele des Verbandes sind bekanntlich: Der Wiederaufbau eines mächtvollen Deutschen Reiches mit Einfluß aller deutschen Stämme; ein einiges deutsches Volk, das sich seiner deutschen Eigenart bewußt ist; die Pflege deutschen Wesens und deutscher Eigenart als Grundlage des öffentlichen Lebens; Pflege der Kameradschaft und der Ueberlieferung; Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Bevölkerung und Wehrmacht; Zusammenarbeiten mit gleichgesinnten Verbänden; der Verband hat sich die wirtschaftliche Unterstützung der Mitglieder zur Aufgabe gestellt. Ordentliche Mitglieder können werden: Ehemalige Angehörige des deutschen Heeres, der Marine und Schutztruppen, der Freiwilligen und Zeitfreiwilligenverbände, Einwohnerwehren und des deutschen Roten Kreuzes, sowie der technischen Nothilfe. Anmeldungen, bez. Anfragen sind zu richten an: Verband nationalgesinnter Soldaten, Ortsgruppe Dresden, Dresden A. 27.

Dresden. (Ausstellung gewerblicher Erzeugnisse.) Vom 18. bis 25. Juni 1922 wird in Dresden eine Ausstellung gewerblicher Erzeugnisse veranstaltet. Da gleichzeitig die Jahresschau Deutscher Arbeit, die keramische Erzeugnisse bringt, stattfindet, darf zu dieser Zeit mit einem außerordentlich starken Fremdenverkehr in Dresden gerechnet werden. Die Ausstellungslage in Dresden, Matzliedenstraße 14, versendet auf Wunsch ausführliche Druckschriften und erteilt auch bereitwillig jede Auskunft.

Zittau. (Ergebnis der Elternratswahlen.) Das Ergebnis der Elternratswahlen, die im Oktober stattfanden, ist zugunsten der christlichen Elternschaft ausgefallen. Es wurden insgesamt gewählt: 32 Vertreter der christlichen Elternschaft und 18 Vertreter der Gewerkschaftskarteis.

Zonsdorf. (Vermißt) Der Besitzer des Gasthauses „Am Nonnenfelsen“ Ziehnert hat sich am Sonntag nachmittag aus seiner Wohnung entfernt ohne wiederzukehren. Er wird seitdem vermißt. Da Ziehnert geisteskrank ist, wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Der Vermißte trägt dunkelgrau Sportmütze, schwarz-grau gestreiftes Sommerjackett, graue Militärhose und Stiefelletten.

Birna. (Vom Zuge überfahren.) Auf dem Bahnhof Haidenau-Nord ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall mit tödlichem Ausgang. Einer Fabrikarbeiterin aus Birna wurden in Haidenau von dem Zug 59 Min. nach Birna fahrenden Zug beide Beine an den Oberschenkeln abgefahren und außerdem erhebliche Verletzungen am Körper zugefügt. Die Ueberfahrene ist kurz darauf gestorben. Die Schuld an diesem Unfall trägt die Verunglückte selbst. Trotz der Warnungsrufe des Fahrleiters und der Zugschaffner versuchte das Mädchen noch auf den bereits fahrenden Zug zu springen, trat aber neben das Trittbrett und geriet unter die Räder.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Berlin, 25. November. (Aus dem Reichsrat.) Der Reichsrat hielt am Donnerstagabend unter dem Vorsitz des Ministers des Innern eine öffentliche Sitzung ab. Eingegangen ist der Etat für 1922, der den Ausschüssen überwiesen wurde. Den Beschlüssen des Reichstages zu dem Gesetz über

Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentempfangern aus der Invalidenversicherung stimmte der Reichsrat zu. Der bayerische Gesandte von Preger, dem sich der Vertreter Bremens anschloß, hatte beantragt, gegen die Reichstagsbeschlüsse Einspruch zu erheben, weil durch die Lastenverteilung von § 7 die Gemeinden unerträglich belastet würden. Wegen der Stimmen Bayerns und Bremens wurde dieser Antrag abgelehnt. Angenommen wurde die vom Reichstag beschlossene Novelle zum Versicherungs-gesetz für Angestellte. Anträge Bayerns und Bremens betreffs Ermäßigungen der Tarife im Eisenbahnverkehr wurden vom Reichsrat entsprechend den Beschlüssen seiner Ausschüsse in der Form angenommen, daß das Reichsverkehrsministerium ersucht werden soll, die Frage der Personentarife für den Vorortverkehr, namentlich im Umkreise von Großstädten und für den Ausflugs-, Ferien- und Badverkehr erneut einer Prüfung im Benehmen mit Vertretern der Länder zu unterziehen. Die Nichtgebühren für Etschiffe wurden weiterhin erhöht. Der neue Tarif sieht eine gewisse Staffelung vor. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf, der einige während des Krieges durch Bundesratsverordnung eingeführte Zollerleichterungen im Interesse der Finanzen des Reiches wieder aufhebt. Der Reichsrat hat entsprechend den Beschlüssen seiner Ausschüsse an dem Gesetz die Wenderung vorgenommen, daß Salz und Zettel also auch die Margarine nach wie vor zollfrei bleiben sollen. Der Antrag der Abg. Frau Abnas (USP) die tägliche Mehlration auf 200 Gramm zu erhöhen, wurde vom Ausschuß abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag des Abg. Schlack (Soz.) angenommen, der die Reichsregierung auffordert, mit den Organisationen der Landwirtschaft zwecks Erwerbung von einer Million Sonnen Brotgetreide für Schöpfung der Wehraktion zu verhandeln. Angenommen wurde ferner ein Antrag der Wehr-sozialdemokraten, der den § 11 des Gesetzes für Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juli 1921, der sich mit der Zusammenlegung des Ausschusses der Reichsgetreidebestelle befaßt, einer Abänderung unterwirft.

#### Amerika.

Washington, 26. November. (Japanische Jso-lierung.) Admiral Cito telegraphierte nach Tokio, daß der Kampf Japans, die Flotteneinheiten im Verhältnis von 10:10:7 festzusetzen, aufgegeben worden sei und daß die Beteiligung Japans an der Konferenz keinen Zweck mehr habe, wenn nicht der status quo ante als Grundlage der Ab-rüstung angenommen werde.

Washington, 26. November. (Ein neuer Vor-schlag Amerikas.) Die Amerikaner bereiten eine neue Senation vor. Die Kriegsschulden der Allierten sollen auf die Hälfte herabgesetzt werden, wenn die Delegation dem Hughes'schen Abrüstungsplan ihre Zustimmung geben. Eine zweite Konferenz, von der man schon seit einer Woche in dunklen Andeutungen spricht, soll alle finanziellen Fragen lösen und das Valutaproblem Europas, dessen Erschlitterung auf das amerikanische Wirtschaftsleben abgesehen, sanieren. Zu dieser zweiten Konferenz, die wieder in Washington stattfinden wird, wird auch Deutschland eingeladen werden.

#### Italien.

Rom, 25. November. (Die Angst der Sieger.) Der „Secolo“ schreibt zu Beland's Rede: Das ganze Reich-europa ist von einer toten Furcht vor dem bestiegten Europa erfüllt. Niemand in der Geschichte hat man ein seltsameres und trostloseres Phänomen gesehen. Was macht den Bestiegten dem Sieger so fürchtbar? Die Antwort ist leicht: das schlechte Gewissen; denn die Sieger wissen, daß die den Bestiegten auferlegten Bedingungen auf die Dauer unerträglich sind.

Rom, 25. November. (Die italienische See-reserve.) Cetero hatte sich im Kriegsministerium die parlamentarische Seereservekommission versammelt. Der Kriegs-minister legte die Grundzüge der Seereserve vor. Die Friedensstärke des Heeres wird auf 175 000 Mann, die Dienstzeit auf 22 Monate herabgesetzt. Durch weitere Maß-nahmen werden in allen Zweigen der Seereserveverwaltung wesentliche Ersparnisse erzielt.

### Berliner Brief.

#### Auf dem Arbeitsnachweis.

In diesen Tagen sind, um dringenden Bedürfnissen abzuhelfen, zwölf neu besetzte Stadtratsposten für Groß-berlin eingerichtet, die man unter dem Decknamen „politische Dezernate“ in den Besolungsset der Reichshauptstadt ge-schickt mit roter Hilfe hineingeschmuggelt hat. Da jeder von den „Dugendstadträten“, wie man diese Herren volkstümlich jetzt nennt, ein Grundgehalt von 105 000 M und außerdem noch recht ansehnliche Familien-, Kinder-, Auswands- und Feuerungsbeihilfen bezieht, so sind für Arbeitslose, Genossen, denn nur diese kommen dabei in Frage, zwölf hübsche warme Plätze bereitgestellt. Für die anderen Erwerbslosen, den vielen Tausenden, die nicht vom „Bau“ sind, scheint man weit weniger Verständnis zu besitzen, denn als letzten diese unglücklichen Opfer schlimmster Not eine größere Feuerungs-zulage haben wollen, um wenigstens etwas Kartoffeln und Rohlen für den Winter kaufen zu können, da gewährte der Großberliner Magistrat großzügig 50 M für den Erwachsenen und 30 M für jedes Kind. Man muß also schon mindestens vier Kinder zu versorgen haben, um sich je 2 Zentner dieses Lebensnotwendigsten einholen zu können. Da wird denn, falls die Verzweifelten, die doch oft beim allerbesten Willen zu keiner Arbeit gelangen können, irgendwelche Wüchsen Schritte vornehmen, vielleicht einer der neuen Gewaltsradikale in einer Sitzung aufstehen und mit viel Feuer zu erklären versuchen, daß es eine Unabsehensheft ohnegleichen sei, schon wieder Währungs zu haben, wo doch die Besoldung der Stad-träte genug kostet.

Doch sollten die Herren sich einmal für ein paar Stun-den auf einem der großen Berliner Arbeitsnachweise beobach-tend aufhalten. Dort würde es ihnen vielleicht klar werden weshalb diese „Unabsehensheft“ dringende Hilfe heißen. Der unserer Zeitgenossen ganzen Jammer erfassen will, der braucht nur einen Vormittag auf einer Bank vor den Schaltern eines Arbeitsnachweises der Stadt Berlin Platz zu nehmen. Auf langen Bänken sitzen hier nebeneinander, die Genossen der Not, wartend, daß sie zum Abstemeln ihrer Karte ver-ankommen, denn für jeden Stempel, der fehlt, werden zwei Tage Erwerbslosenunterstützung abgezogen. Und das ist katastrophal. Die Jungen und die Alten, sie sind am liebsten dran, sie bekommen am schwersten Arbeit; bei den Jungen vermißt man die Erfahrung und bei den Alten die Jugend-kräfte. Aber bei keinem Verufe findet man so erschütternde Gestalten der Not, wie bei den sogenannten „freien Berufen“. Da kommt z. B. schon viele Monate ein zartes Männchen mit dünnem, graumelierten Haar, faulberer, aber abgetragenem Samtkoppe und stets im Arm eine große Notenrolle. Viele Jahre war er Kapellmeister eines kleinen Vorstadtheaters, das Theater ging dank der Kriegsnöte ein und nun sitzt der Sechzigjährige, der sich vierzig Jahre lang mit den Seinen redlich ernährte, ohne Verdienst. Und Stundengeldchen ist fast garnicht mehr möglich. Neben ihm ein Mann in den besten Jahren. Früher Zeichenlehrer an einer nun verkrachten Privatmalkule, jetzt - erwerbslos. Um nachzuhelfen, seine Kinder vor Hunger zu schützen, malt er kleine Landschaften